Einwohnerfragestunde (vor Beginn der Tagesordnung im öffentlichen Teil)

Herr Schacht berichtete, dass einem Presseartikel in der vergangenen Woche zu entnehmen gewesen sei, dass die Deutsche Post AG beabsichtige die Postfiliale in Burgdorf in eine Agentur umzuwandeln. Dem Pressebericht sei ferner zu entnehmen gewesen, dass die Leistungen einer Postagentur denen einer Postfiliale entsprechen würden und die Umwandlung zusätzlich noch weitere Vorteile für die Nutzer haben würde. Nach Insiderinformationen seien allerdings erhebliche Zweifel angebracht, ob die Qualität der Agenturen mit denen der bisherigen Postfilialen vergleichbar sei. Es stelle sich z. B. die Frage, ob auch zukünftig Bargeld am Schalter abgehoben werden könne, ob es weiterhin einen Geldautomaten gebe usw. Es müsse damit gerechnet werden, dass die Leistungen einer Postagentur wesentlich schlechter und weniger umfangreich sein werden als die bisher angebotenen. Er bitte daher den Rat eine Bürgerversammlung einzuberufen, damit die Deutsche Post AG dort ihre Pläne darlegen könne.

Dipl.-Oec. Scholz teilte dazu mit, dass die Deutsche Post AG die Verwaltung in einem allgemein gehaltenen Schreiben über die auch in der Presse veröffentlichten Planungen unterrichtet habe. Die Stadt Burgdorf habe dies zum Anlass genommen, in einem längeren Brief eindringlich darauf hinzuweisen, dass es schon etwas anderes sei, wenn eine zentrale Postfiliale in einem Mittelzentrum geschlossen werden solle, als wenn man eine überwiegend von Privatkunden genutzte kleinere Poststelle in der Fläche in eine andere Betriebsform überführe. Hinzu komme, dass am jetzigen Standort der Postfiliale nicht unerhebliche Investitionen getätigt würden, für die es überaus wichtig wäre, wenn die Investoren Planungssicherheit bekämen, weil dies auch auf andere Bereiche Wechselwirkungen auslösen würde. Die Stadt Burgdorf erwarte deshalb von der Post eine dezidierte Stellungnahme.

Bürgermeister Baxmann ergänzte, dass auch er deutlich gemacht habe, dass die Informationspolitik der Post gegenüber der Stadt Burgdorf dringend verbesserungswürdig sei. Wie von Herrn Scholz bereits ausgeführt, gehe es dabei auch um die Interessen der örtlichen Wirtschaft und hier insbesondere um die des Investors, mit dem sich die Stadt Burgdorf abstimmen werde. Es könne nicht sein, dass die Stadt im nachhinein mit bereits feststehenden Entscheidungen konfrontiert werde, sondern sie müsse in die Entscheidungsfindung bei der Post eingebunden werden. Ob eine Bürgerversammlung zur Erreichung dieses Zieles das geeignete Mittel sei, sei nach Beratungen im politischen Raum zu klären.

Herr Schacht begrüßte die Aussagen des Bürgermeisters. Er wies aber darauf hin, dass voraussichtlich 2007/2008 das Postmonopol fallen werde, mit der Folge, dass weniger Aufgaben für die Post und ein Abbau von Arbeitsplätzen zu erwarten seien. Deshalb versuche die Post durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen die Gewinnsituation, ohne Rücksicht auf örtliche Belange, zu verbessern. Hier sollten die Stadt und die Bürger besonders wachsam sein, um eine solche Entwicklung zu verhindern.

Herr Hans-Uwe Behrens, Burgdorfer Bürger und zugleich Sekretär bei der Gewerkschaft Verdi, berichtete aus seiner früheren Tätigkeit bei der Post AG, dass die Filiale in Burgdorf einen sehr hohen Zielerreichungsgrad aufweise. Einer Stadt wie Burgdorf mit eigenem Finanzamt und Amtsgericht stehe eine selbstbetriebene Postfiliale zu. Die bei der Post AG in Niedersachsen Verantwortlichen könnten selbst nicht verstehen, warum die Filiale in Burgdorf in eine Postagentur umgewandelt werden solle. Offensichtlich werde bei der Post AG in Bonn am „grünen Tisch“ entschieden, da es hier für die Umwandlung in eine Postagentur keinen sachlichen Grund gebe. Bei Postfilialen gebe es sehr unterschiedliche Qualitätsstufen. Es sei wichtig, ob überhaupt Finanzdienstleistungen oder alle Postdienstleistungen bei einer Postagentur angeboten würden. Er bitte daher den Rat sich für den Erhalt der eigenbetriebenen Postfiliale in Burgdorf einzusetzen.

Bürgermeister Baxmann machte deutlich, dass sich die politische Verantwortung immer mehr dem Diktat der Kapitalverwertung unterwerfe und Privatisierungen für die Menschen

in der Fläche negativ seien. Gemeinsam werde man gegenüber der Deutschen Post AG auf deren Planungen angemessen reagieren.